



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

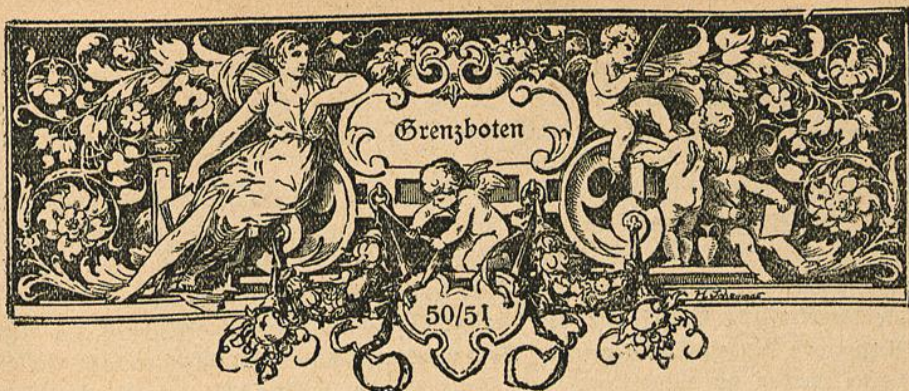
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von einem preußischen Junker: Um die deutsche Einheit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Um die deutsche Einheit

Von einem preußischen Junker



Am 14. August 1921 läuft die zweijährige Frist ab, die in Artikel 167 der Reichsverfassung für das Inkrafttreten der Bestimmungen des Artikels 18 festgesetzt worden ist, welche die Neugliederung des Reiches vorsehen. Im Hinblick hierauf ist bekanntlich von der Reichsregierung bereits eine Kommission zum Studium der Frage der Neugliederung des Reiches eingesetzt worden. Die allgemeine Lage, die hierfür in Betracht kommt, ist folgende:

Die Provinz Oberschlesien soll für den Fall, daß sie sich durch die Volksabstimmung für Deutschland erklärt, Autonomie erhalten, d. h. also, Oberschlesien soll diesfalls aus dem preußischen Staatsverband ausscheiden und ein selbständiges „Land“ im Sinne der Reichsverfassung werden. Hiermit wäre der Anfang zur Zerstückelung des preußischen Staatsgebietes gemacht. Falls Oberschlesien diese Sonderstellung im Reiche erringt, ist als verhältnismäßig sicher anzunehmen, daß die Rheinprovinz, in der ja schon lange ähnliche Bestrebungen auf Autonomie vorhanden sind, folgen würde. Dadurch wieder würde die autonome Bewegung in Hannover, die für die Wiedererrichtung eines selbständigen hannoverschen Staates unter welfisch-monarchischer Führung eintritt, außerordentlich gestärkt werden und Hannover als dritte preußische Provinz auf dem Plane der Autonomiebewegung erscheinen. Man kann es verstehen, daß unter solchen Umständen alle an der großen Vergangenheit Preußen-Deutschlands hängenden Kreise gegen jede Neueinteilung des Reiches, die mit der Zerstückelung des geographischen Preußens gleichbedeutend sein würde, geradezu leidenschaftlich Front machen. Dennoch verkennen sie die Macht der Tatsachen.

Neben den Loslösungsbestrebungen preußischer Provinzen oder besser gesagt ihrer scharfen Begünstigung durch die heutigen Machthaber, sind im Reiche zweifellos sehr starke und gutbegründete Bestrebungen im Gange, eine neue Einteilung des Reiches aus wirtschaftlichen Gründen zu fordern. Im Reichswirtschaftsrat sind mit Unterstützung weiter Kreise der Arbeiterschaft Anträge der Industrie eingereicht worden, die dem Gedanken der Gemeinwirtschaft und des wirtschaftlichen Räte-

systems entgegenkommen und deshalb eine Neueinteilung des Reiches nach Wirtschaftsgebieten herbeiführen wollen. Gerade im Westen Preußens werden sich diese Bestrebungen vielfach mit den politischen Autonomiebestrebungen decken, jedenfalls diesen einen starken Halt verleihen.

Den stärksten Rückhalt gibt aber all diesen Bestrebungen der Gedanke des deutschen Einheitsstaates. Daß dem größten Teil seiner Freunde die Schwierigkeit des Problems noch nicht genügend klar zur Erkenntnis gekommen ist, tut seiner Volkstümlichkeit in keiner Weise Abbruch. Von großen Parteien können die sozialistischen, die demokratische Partei und die deutsche Volkspartei nahezu geschlossen als Anhänger des Einheitsstaates gelten. Vom Zentrum und der deutschnationalen Volkspartei werden sich mindestens starke Teile für ihn entscheiden, — alles in allem zweifellos die Mehrheit des Reichstages und der Gesamtbevölkerung.

Der Weg zum Einheitsstaate führt nur über Opfer an liebgewordenen Überlieferungen und wird insbesondere die Kreise der Rechtsparteien vor schwere Entschlüsse stellen. Hier stehen die Sympathie für den monarchischen Gedanken und die Anhänglichkeit an die Bismarcksche Reichschöpfung der unbewußten Erkenntnis gegenüber, daß eine völlige Rückkehr zu den staatspolitischen Zuständen, wie wir sie vor der Revolution gehabt haben, nicht möglich ist. So weit die Anhänger der Rechtsparteien das Alte wieder aufbauen wollen, kommt in Betracht, daß die Grundlage des Reiches von 1870 bis 1918 nicht so sehr der preußische Staat, als die preußische Monarchie war, sofern es überhaupt einen Sinn hat, zurückblickend zwischen beiden zu unterscheiden. Selbst wenn es gelänge, die angeführten Loslösungsbestrebungen preußischer Provinzen hintanzuhalten — der geographische Bestand des Staates wäre nicht der politische Machtfaktor der Monarchie von ehedem. Es ist schwer abzusehen, wie diese bald wieder hergestellt werden könnte, wo die Kräfte, welche die Staatsumwälzung im Reiche herbeigeführt haben, in ihrer Gegensätzlichkeit zum Alten zur Zeit noch so stark sind, wie gerade in Preußen. Die Anhänger Preußens rufen jetzt nach preußischen Neuwahlen in der Hoffnung, das Schicksal zu wenden. Nach Lage der Sache aber können sie nicht mehr erreichen, als sie bei den Wahlen zum Reichstag erreicht haben. Und daß auch dies keine entscheidende Wendung zur Wiederherstellung der früheren Macht Preußens bedeutet, dürfte wohl auf der Hand liegen. So weit aber der Wunsch nach dem Einheitsstaat bei den Anhängern der Rechtsparteien vorhanden ist, sind sie sich in vielen Köpfen nicht klar darüber, daß der Weg hierzu schwerlich geebnet wird, wenn in einzelnen anderen Ländern Deutschlands Teilmonarchien entstehen. Hier kommen zunächst Bayern und Hannover in Frage. Die staatliche Entwicklung in Bayern drängt unaufhaltsam zur Wiedereinführung der Monarchie und kaum minder stark ist das in Hannover der Fall. Werden aber im Süden und Westen Deutschlands Teilmonarchien neu errichtet, so bedeutet das, da der Norden zweifellos noch nicht für die Wiedererrichtung der Monarchie reif ist, außer unausbleiblichen innerpolitischen Erschütterungen innerhalb des Gesamtkörpers des Reiches schwerwiegende dynastische Verwicklungen. Man wende nicht ein, das sei heute nicht mehr möglich. Die deutschen Erbfeinde können auch hierfür wiederum einen dankbaren Boden abgeben.

Man mache sich doch einmal die Entwicklung des Deutschen Reiches durch die Jahrhunderte hindurch und insbesondere seit der Bismarckschen Gründung des

neuen Reiches klar. Wir dürfen nie vergessen, daß wir vor tausend Jahren ein einheitliches Deutsches Reich gehabt haben. Die deutschen Könige waren die auf einer gesunden demokratischen Grundlage erwählten Fürsten eines Reiches, die Herzöge und Gaugrafen waren nur Reichsbeamte. Erst allmählich hat sich die Territorialherrschaft durchgesetzt, das Reich geschwächt und schließlich zerstört, bis es 1806 als Schemen versank. Bismarcks Aufrichtung des Reiches auf dem Grunde der Fürstengewalt war seinerzeit die einzig mögliche und deshalb geniale Lösung. Sie war aber eben nur möglich infolge des Übergewichts der preußischen Monarchie. Die Stärke des preußischen Staates und sein verfassungsmäßig festgelegter, überragender Einfluß im Stimmenverhältnis des Bundesrats gewährleisteten die Einheitlichkeit der Reichspolitik. Heute ist es anders und die Verhältnisse, die früher bestanden, kommen unzweifelhaft nicht wieder. Es ist nicht daran zu denken, daß die größere Mehrzahl der Fürsten, die mit ihren kleinen Bundesstaaten gerade in ihrer Abhängigkeit von Preußen eine Verstärkung desselben bis zum Übergewicht bildeten, zurückkehren. Der monarchische Gedanke, soweit er nicht der Kaisergedanke des Einheitsstaates ist, ist im wesentlichen nur an den drei Stellen lebendig, die oben genannt wurden, in Bayern, Hannover und Preußen. Preußen aber und die Hohenzollern sind zur Zeit der schwächste dieser drei Faktoren. Geschwächt in erster Linie durch den Versailler Frieden, der Preußen am schwersten getroffen hat, geschwächt durch die Teilung in Sozialisten und Individualisten, wie sie stärker als im Osten und Westen der früheren preußischen Monarchie nirgends zum Ausdruck gekommen ist, geschwächt schließlich besonders durch den Unitarismus, der seine Verwirklichung über Preußen abgelehnt und sich auf alle antipreußischen Tendenzen gestützt hat. Eine Neugestaltung des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage würde also insoweit ganz veränderte Verhältnisse vorfinden. Das Bismarcksche Reich war möglich, weil es einen König von Preußen und daneben 22 andere deutsche Fürsten enthielt. Das künftige Reich ist unmöglich, wenn es einen deutschen Kaiser und daneben 3 bis 4 größere Monarchen erhalten soll. Dann lehren wir einfach zu hohenzauischen Zeiten zurück, wo sich die Welfen und Ghibellinen um die Macht im Reiche stritten, dann müssen wir noch einmal die Entwicklung durchmachen, die zu 1866 und zur Hegemonie einer der deutschen Territorialgewalten führte.

Die Sympathien, die heutzutage in preußischen, monarchischen Kreisen für den monarchischen Gedanken, wie er sich in Bayern täglich wieder mehr herausbildet, zu sehen sind, sind deshalb schlechterdings unverständlich! Wir können zu einem gesunden, in sich gefestigten Kaiserreich nicht auf dem Wege kommen, daß der Gedanke der Monarchie von Bayern aus über Deutschland einen Siegeszug antritt, denn er würde zu einem Föderalismus führen, der uns Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte weit hinter die Bismarcksche Reichsgründung zurückwerfen würde. Gält man dies fest, so wird man sagen dürfen, daß, von einem höheren Standpunkt der Geschichte aus betrachtet, die Bismarckschen Gründungen von 1866 und 1871 ein genialer Nothelfer waren, weil mehr im Sinne eines einheitlichen Reiches damals nicht zu erreichen war. Daß Bismarck der Gedanke des Einheitsstaates nicht fremd war, bewies er 1866 mit der Einverleibung von Kurhessen und Hannover. Erst mußte Preußen so stark werden, daß es den Föderalismus im Reich ertragen konnte, dann erst wurde dieser von Bismarck 1870 gutgeheißen und angenommen.

Das verkennen unsere heutigen Föderalisten. Zum großen Teile aber (Politiker wie Dr. Heim ausgenommen) fordern sie unter der Flagge des Föderalismus durchaus Verständliches und Berechtigtes, etwas, das auch im Einheitsstaat nötig und möglich ist und den Kernpunkt der Bismarckschen Massenpsychologie bei der Reichsgründung 1871 bildete: Die Berücksichtigung der deutschen Stammeseigentümlichkeiten bei der politischen Gestaltung der einzelnen Reichsteile, ganz besonders auf kulturellem Gebiete, was gleichbedeutend mit einem verständnisvollen Eingehen auf die Erbfehler und Schwächen der deutschen Natur ist. Sie sprechen vom Föderalismus und meinen die Dezentralisation, meinen sie ehrlich in einem verständigen Grimm über den unsinnigen Zentralismus, den der Sozialismus und die Revolution uns in überreichem Maße beschert haben. Alle die Kreise, die die Staatsumwälzung billigen, sind ja unitarisch; gleichzeitig aber tun sie mit ihrem Zentralismus das Menschenmögliche, um den Einheitsstaat praktisch nicht lebensfähig zu gestalten. Ein trauriges Zeichen von Mangel an politischer Begabung!

Heute ist die Lage anders als zu Bismarcks Zeiten. Die Fürsten sind nicht mehr, die Territorialgewalt der Länder ist heute der Schemen, der 1806 die Reichsgewalt war. Die Reichsgewalt allerdings ist schwach durch den Frieden von Versailles und die Unfähigkeit ihrer Verwalter. Der Gedanke des Einheitsstaates aber ist stark; er wird die Tat erwecken. Wenn Bismarck heute lebte, er könnte nicht anders, er würde den Einheitsstaat schaffen. Er ist die einzige Frucht, die uns aus der erbärmlichsten aller Revolutionen erwachsen kann. Ein schöpferischer Geist würde den Einheitsstaat aber nicht nur schaffen als Fortsetzung des Reiches von 1871 bis 1918, sondern darüber hinaus als Zusammenfassung aller Deutschen im Reiche und in Deutsch-Osterreich. Er würde damit nur die Pläne wieder aufnehmen, die Bismarck 1866 hatte, als ihm Frankreich in Nikolsburg in den Arm fiel, und er in der scheinbar größten Stunde seines Lebens an Selbstmord dachte. Trotz der gleichen Gegnerschaft wie damals und einer im ganzen weit schlimmeren Lage ist die Verwirklichung dieses groß-deutschen Gedankens heute doch sehr viel aussichtsreicher. Denn Deutsch-Osterreich will keiner der von der Entente neugeschaffenen Staaten haben, so daß die von Frankreich betriebene Donaupolitik in sich unfruchtbar bleiben muß, selbst dann, wenn sie unter Verleugnung des Reichsgedankens von einer bayerischen Monarchie gestützt werden sollte. Die einzige als dauerhaft mögliche Lösung ist der Anschluß Deutsch-Osterreichs an das Deutsche Reich, und wenn er heute infolge der Gegnerschaft der Entente, insbesondere Frankreichs, nicht zu erreichen ist, so muß er doch unweigerlich allen Deutschen im Reiche und in Deutsch-Osterreich als das Ziel einer nahen Zukunft vorschweben. Auf dieses muß hingearbeitet werden. Das kann aber unmöglich geschehen, wenn sich innerhalb Deutschlands der Föderalismus wieder durchsetzt und Sondermonarchien bildet. Bismarck, der Titan der deutschen Staatsvernunft, würde sich im Grabe umbdrehen, wenn wir seine Schöpfungen von 1866 und 1870 in einer für ihre Wiederholung unmöglichen Lage einfach kopieren wollten, statt in seinem Geist mit den Mitteln unserer Zeit den groß-deutschen Einheitsstaat ohne Wiederherstellung der Territorialgewalten zu erstreben. Und noch ein anderes. Es ist gut, aus der Geschichte zu lernen, es wäre aber falsch, anzunehmen, daß frühere Entwicklungsstadien in gleicher Reihenfolge wiederkehren.

Der Vorläufer des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches war der deutsche Zollverein. Die Einigung damals ging also vom Wirtschaftlichen aus und endigte im Politischen. Es ist nicht undenkbar, daß es diesmal umgekehrt sein wird. In einer Zeit wirtschaftlichen Niederbruchs ohne gleichen und bei einer politischen Entwicklungsmöglichkeit, wie sie bisher noch selten in der deutschen Geschichte bestanden hat, kann diesmal wohl die politische Einigung den Vortritt erhalten.

Man mag über die „nationale Ver lumpung“ der deutschen Sozialdemokratie — ein gutes Wort Noskes — so absprechend urteilen, wie man nur will, der Realpolitiker wird nie vergessen dürfen, daß die von ihr vertretenen Massen in ihrer Abkehr vom Föderalismus eine Strömung bilden, die, sicher geleitet und genutzt, uns dem Ziele des Einheitsstaates näherbringen muß. Diese Strömung steht in einer beiden Teilen unbewußten Wechselwirkung mit den guten, für unsere staatliche Entwicklung nützlichen Seiten des Föderalismus, wie sie oben gekennzeichnet wurden. Der Gedanke des Einheitsstaates muß das Brauchbare nehmen, wo er es findet und das Unbrauchbare abstoßen. Wenn die staatliche Konsolidation Bayerns in ihrer Einwirkung auf Norddeutschland bei uns Sowjetzustände verhindert, so kann es ihr wirklich nicht hoch genug gedankt werden. Führt sie aber zu einer notwendig die Reichseinheit sprengenden Sondermonarchie, so wird sie wahrscheinlich schwereren Schaden anrichten, als sie Nutzen stiften kann. Hätten wir nur ein bißchen politischen Fernblick und Großzügigkeit, so müßte uns der Umstand, daß unsere Feinde den Föderalismus wollen, der beste Beweis dafür sein, daß wir jetzt den Einheitsstaat haben müssen. Er ist heute möglich und es bleibt nur dafür zu sorgen, daß er in einer Gestalt erstehet, die eine organische Fortsetzung des preußisch-deutschen Reiches verbürgt, wie es von 1870 bis 1918 doch schließlich die größten Leistungen aufzuweisen hatte, die in der Weltgeschichte in so kurzer Zeit jemals vollbracht sind. Um den Kaisergedanken braucht kein Anhänger Preußens in Deutschland bange zu sein. Wie er sich durch die Jahrtausende erhalten hat und wie er nach zweijährigem Umsturz bereits wieder mächtig angewachsen ist, so wird auch die weitere politische Entwicklung des deutschen Volkes niemals an ihm vorbeigehen können. „Kaiser“ und „Reich“ klingen immer wieder zusammen.



Bürokraten-Briefe*)

Von Unterstaatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhäusen

V. Sozialdemokratie und nationales Bewußtsein.

Es klang fast nach einer Einladung zum gemästeten Kalbe, so freudig begrüßten Sie mich verlorenen Sohn, der eben noch mit Schutz der Arbeitswilligen, Obrigkeitsstaat u. dgl. reaktionären Schändlichkeiten das Erbe seiner Vernunft vergeudet hatte, wegen der Abkehr vom Kapitalismus, die Sie in meinem letzten Briefe überrascht

*) Nachstehende Bürokratenbriefe des bekannten Verfassers stammen aus dem Winter 1919/1920. Siehe auch „Grenzboten“ Heft 44/45, 46, 47/48 und 49. Weitere Briefe folgen in den nächsten Heften.